getroffen werden wird. Wiesbaden, 2. Nov. 1864. Herzogl. nass. Staatsministerium. gez. Wittgenstein."

Eisenach, 1. Nov. Die heutigen Verhandlungen der 5. Generalversammlung des Nationalvereins waren, da sie die noch immer brennende Frage der deutschen Politik, die schleswig-holsteinische Angelegenheit betrafen, von hohem Interesse. Die darüber gepflogene lange und eingehende Verhandlung endigte mit der Annahme des bereits mitgetheilten Ausschußantrages. Berichterstatter war Miquel aus Göttingen. Höchst interessant war es zu hören, wie mehrere anwesende Schleswig-Holsteiner sich selbst über die Ausschußanträge aussprachen. Die kundgegebenen Meinungen waren übrigens sehr abweichend von einander. Der erste Redner, der greise Zimmermeister Riepen aus Kiel, ließ sich als entschiedener Gegner jedes, auch des blos maritimen Anschlusses an Preußen unter dem gegenwärtigen Regime, in der entschiedensten und derbsten Weise vernehmen. Leidenschaftlich für den Anschluß, und zwar noch über die Tragweite der Ausschußanträge hinaus, sprach sich Lehrer Hansen, der bekannte Redner der deutschen Partei in Flensburg, aus. Hansen glaubt, daß die Herzogthümer die immer von Neuem drohende Gefahr eines Angriffes Seitens der Dänen und überhaupt des skandinavischen Nordens nicht anders, als mit Hilfe Preußens abwenden könnten. v. Neergaard aus Kiel widerspricht letzterer Ansicht, indem er an die eigene Wehrkraft der Schleswig-Holsteiner im ersten Kriege erinnert, an die für die erste schleswig-holsteinische Armee so ruhmvolle, weil bereits halb gewonnene Schlacht von Jostedt, die nur durch Zufall wieder verloren ging. v. Neergaard wünscht, daß man die Herzogthümer doch erst ganz sich selbst wiedergeben, sich constituiren lassen solle, ehe man von ihnen verlange, daß sie mit Preußen pacisciren sollen. E. Wiggers von Rendsburg ist natürlich für den Ausschußantrag, da er ja im Ausschusse mit sitzt. Er gelangte zufällig nicht mehr zum Worte, da die Versammlung den Schluß verlangte. Gerber (Elmshorn) sprach für den Ausschußantrag. Dunker (Berlin) vertritt den preußischen Standpunkt und verlangt, was der Ausschuß von Schleswig-Holstein für Preußen verlangt; den maritimen Anschluß als Minimum. Einen neuen tüchtigen Redner lernten wir bei dieser Verhandlung in dem Kölner Redacteur Bürgers kennen. Mit großem Feuer bekämpfte er den Ausschußantrag und warnte überhaupt vor diesem, wie vor jedem Compromiß mit einem so verwerflichen System, wie das v. Bismarck'sche. Er bekannte sich als Demokrat von altem Datum, aber gewitzigt durch die gemachten bittern Erfahrungen. Das strickteste Gegentheil von ihm wollte Weber aus Stade, ein Redner von sprudelnder Schnellfertigkeit, der leider so sehr von seinem eigenen Eifer beherrscht ward, daß er fast stets über das Ziel hinausschoß. Er wollte z. B. in dieser Frage die Maritimconvention Schleswig-Holsteins mit Preußen empfehlen und ging dabei so weit, daß er mit der Empfehlung der Annexion der Herzogthümer schloß! An Rednerfeuer gab er Bürgers nichts nach, nur erreichte er den Eindruck nicht, den Letzterer durch seinen sittlichen Ernst machte. Nachdem unter andern weitern Rednern der Berichterstatter Miquel noch einmal gesprochen, schritt man zur Abstimmung, und nun wurden die Ausschußanträge sämmtlich unverändert angenommen. Währenddem war auch die Wahl des neuen Ausschusses eingeleitet worden. Die Versammlung zählte noch 190 Mitglieder, von denen 187 ordentliche Stimmzettel abgegeben wurden. Der alte Ausschuß wurde in seinen Hauptmitgliedern wieder gewählt, d. h. 12 Mitglieder; 8 Mitglieder werden cooptirt. Schulze-Delitzsch erhielt 183 Stimmen, Metz 182, Bennigsen 180, Streit 161 u. s. w. Der letzte Gegenstand war die Gründung einer deutschen Unterstützungskasse für die gemaßregelten Civil- und Militärpersonen in Kurhessen, die in dem Verfassungsconflict in Folge ihrer Pflichttreue Vermögensnachtheile erlitten haben; sodann für gleichartige Zwecke überhaupt. Die Mitwirkung der andern patriotischen Parteien wird ausdrücklich in Anspruch genommen. Der betreffende, von Streit als Berichterstatter befürwortete und sodann von Metz und E. Wiggers (Rendsburg) warm empfohlene Antrag wird einhellig angenommen. Bennigsen schließt darauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Nationalverein.

(Schw. M.)

Eisenach, 2. Nov. Ueber die heute Abend nach Schluß der Generalversammlung stattgefundene Ausschußsitzung des Nationalvereins berichte ich Ihnen nach vertraulichen Mittheilungen Folgendes: Anwesend waren: Bennigsen, Fries, Streit, Metz, Müller, Gölle, Dunker, Lorenz, Wirth, Miquel, Lining, Rochau, Brater, Schulze, Wiggers aus Rostock und Rendsburg, Cetto und Prætorius. In der gestrigen Ausschußsitzung wurde, wie man vernimmt, durch den Vorsitzenden mitgetheilt, daß von den neu Cooptirten die Herren Bürgers, Reventlow und Trabert die Wahl abgelehnt hätten, und beschloß man, für Schleswig-Holstein, Baden und Würtemberg später noch die geeigneten Kräfte beizuziehen, vorerst nur Herrn Löwe-Calbe zu cooptiren. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildeten die Preßangelegenheiten und Geschäftsführung des Vereins. Man einigte sich schließlich dahin, die Geschäftsführung Herrn Streit, wie seither, die Redaction der Wochenschrift, mit ihrem Sitz in Coburg, Hrn. Rochau, ebenfalls wie seither, und die lithographirten Correspondenzen, Flugblätter u. s. w. Herrn Brater zu übertragen, denen man aber ein gemeinschaftliches Wirken zur Pflicht machte. Eine 14tägige Frist ward zur Annahme gestattet, und soll der Vorstand, außer genannten drei Herren, aus den Herren Bennigsen, Metz, Fries und Schulze bestehend, nähere Entschließung dann zu treffen haben. Den politischen Bericht beschloß man in einer Auflage erscheinen zu lassen, die es ermögliche, jedem Mitglied des Nationalvereins ein Exemplar gratis zukommen (durch die Agenten) zu lassen. Hr. Miquel wünscht schließlich, daß die Ausschußmitglieder in ihrer Heimath im Interesse des Vereins Versammlungen veranstalteten, um in denselben im Sinne der Beschlüsse des Ausschusses und der Generalversammlung zu wirken. Hr. Prætorius legte dagegen Verwahrung ein, indem er erklärte, daß er wohl in der deutschen Frage u. s. w. mit dem Ausschuß und der Generalversammlung einig gehe und auch wie seither Versammlungen abhalten wolle, er jedoch in der schleswig-holsteinischen Frage entschiedener Gegner des Ausschußantrages sei und deßhalb nicht in diesem Sinne wirken könne und werde. (N. F. Z.)

München, 1. Nov. Gestern Nachmittag starb plötzlich nach der Rückkehr von einem Spaziergang der in weiten Kreisen als ausgezeichneter Jurist bekannte Staatsrath und Generalstaatsanwalt v. Kiliani.

Wien, 1. Novbr. Die „Karlsr. Ztg." schreibt: Welches auch sonst die Folgen des eingetretenen Ministerwechsels sein oder nicht sein mögen, das Eine ist sicher, daß er einen entscheidenden Einfluß auf die fernere Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage üben, und daß das Cabinet, wie es jetzt ist, deren Lösung im nationalen Sinne nicht bloß fördern wird, sondern auch fördern muß. Als der Kaiser dem Staatsminister, nachdem dieser die Unmöglichkeit betont, mit dem Grafen Rechberg zusammen das Cabinet dem Reichsrath gegenüber zu halten, die Frage vorgelegt, ob er ohne den Grafen Rechberg auf die Majorität des Reichsraths hoffen zu dürfen glaube, antwortete er mit dem Ausdruck der festen Ueberzeugung, daß ihm diese Majorität nicht fehlen werde, wenn er im Stand sein werde, ihr mit der Versicherung entgegen zu treten, daß Oesterreich für die wahrhaft deutsche Lösung der Herzogthümerfrage die Bürgschaft übernehme. Wenn nicht, nicht. Darauf hin wurde Graf Rechberg entlassen, und Herr v. Schmerling würde den Grafen Mensdorff hiernach sicher nicht angenommen haben, wenn er sich nicht versichert hätte, daß derselbe die auswärtige Politik in der gedachten Richtung zu leiten bereit und entschlossen sei.

Oesterreichische Monarchie.

Venedig, 29. October. Ein abscheuliches Attentat wurde gestern Abend wieder verübt, zum Glücke ohne die gefährlichen Folgen zu haben, welche jedenfalls beabsichtigt wurden. In den größtentheils von Officieren besuchten Glaspavillon des Bierhauses „zur Stadt Graz" ist eine förmliche Orsinibombe geworfen worden. Die Bombe bestand aus Gußeisen, war ungefähr sechs bis acht Pfund schwer, mit 5 Loth Sprengpulver gefüllt und mit 10 Kapseln versehen. Mit Ausnahme eines Obersten, welcher eine leichte Contusion davontrug, wurde Niemand verletzt, und die Officiere ließen sich in ihrer Unterhaltung nicht stören. Leider blieb der ruchlose Thäter unentdeckt, und steht eine Wiederholung ähnlicher Bubenstreiche zu befürchten.

Frankreich.

Paris, 3. Nov. Der heutige Wochenausweis der französischen Bank zeigt eine Zunahme des Baarvorraths von 1 1/3 Mill., des

---

gegen die Schwäche und die Angeklagten zeigen solle. — Der Präsident gibt zu, daß der krankhafte Gemüthszustand der Frau Trümpy erwiesen sei, aber dennoch würde er sein Verhör in derselben Weise fortsetzen, wie er es bei dem ersten Angeklagten begonnen, seine Unparteilichkeit schreibe ihm dies vor. Auf die nun an sie gerichteten Fragen antwortet Frau Trümpy mit leiser, schwacher Stimme. Ihre Erklärungen lauten dahin: Ich bin unschuldig. In den ersten zwei Jahren meiner Ehe mit Trümpy lebte ich mit meinem Manne glücklich, ich half ihm in seinem Geschäft; später quälte er mich durch furchtbare Eifersucht; er warf einst bei Tisch eine Karaffe (nicht eine Lampe) nach mir und verwundete mich, so daß ich ein Auge verlor; Dr. Demme behandelte mich. Ich weiß nicht, an welcher Krankheit mein Mann litt, ehe er starb — er wurde zuerst in derselben von einem Militärchirurgen behandelt; erst vierzehn Tage vor seinem Tode ließ mein Mann Dr. Demme rufen. Ich sah einmal den Doctor meinem Mann in einem Glas ein Medicament reichen; ich erinnere mich nicht, ob er mit einem Löffel darin gerührt, ebenso weiß ich noch, was für ein Glas er benutzt hat. Am Tage, an welchem mein Mann operirt wurde, trank er trotz des Verbots mehrere Flaschen Xeres. Trümpy hat an seinem Sterbetag über eine aus Lenzburg nach Bern gelangte Depesche, seine Vermögensverhältnisse betreffend, gesprochen, und ist hierdurch sehr aufgeregt geworden. Einer unserer Schwäne und kurz darauf der Haushund starben plötzlich; dies brachte mich auf den Gedanken, Trümpy experimentire mit Gift. — Der Präsident fragt die Angeklagte, ob sie Gründe habe, zu glauben, daß Trümpy Strychnin besessen? Antwort: Nein! Hierauf schildert die Angeklagte die Vorgänge beim Tode ihres Mannes in einer mit Demme's Aussagen übereinstimmenden Weise. Der Präsident fragt sie alsdann, ob sie glaube, daß ihr Mann zu der von Dr. Demme angegebenen Stunde und auf die von demselben beschriebene Weise gestorben sei. Antwort: Ja.

(Fortsetzung folgt.)

(Stylmuster.) Wiesbaden, 29. Oct. Ein benachbarter Bürgermeister stellte folgendes Zeugniß aus: Durch dieses bürgermeisterliche Zeugniß soll nachgewiesen werden, wie achtenswerth es zu erkennen ist, vernommen zu haben, wie die Ehefrau X., geb. X. X. von hier, sich einem edlen Zweck zu widmen beabsichtigt, nämlich: auf eigene Kosten und persönliche Dahingebung das Studium aufzunehmen, welches bei Geburtshilfe weiblicher Ereignisse, die Früchte sehnlicher Wünsche des betheiligten Geschlechts zu befriedigen vermag. Frau X. hat in häuslicher, moralisch bewiesenen, notorisch sanitätischer und auf das allgemeine Urtheil sich beschränkenden Hinsicht das Lob und den Ruf dieser Eigenschaften zu erfreuen, weßhalb man mit Vergnügen diese Ausfertigung derselben hiermit ertheilt. (N. F. Ztg.)

Heilbronn. Man erzählt sich Folgendes: Ein Landmann, der etwas spät noch in die Stadt kam, um die Festlichkeiten bei dem Besuch J. J. Majestäten mit anzusehen, blieb ganz verwunderungsvoll vor dem illuminirten Kilianisthurme stehen und sagte endlich: Ei, Ei, Ei! Jetzt das hätte i doch no au bei Tag sehe möge!

UNIVERSITÄTS-BIBLIOTHEK HEIDELBERG
http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/hdtz1864a/0445